

„Weder die USA noch die Zionisten, sondern nur wir schreiben die Geschichte dieser Region.“

Etlichen anderen Mitbewohnern der Region geht die syrische Dominanz allerdings schon zu weit. So warnte Saudi-König Fahd brieflich davor, den Libanon ganz aufzugeben. Die Folgen für die USA in der Region seien dann nicht abzusehen.

Da entschloß sich die ohnmächtige Supermacht zu einer Geste. Verteidigungsminister Weinberger stattete der US-Flotte vor der libanesischen Küste einen Besuch ab. Er betrat sogar libanesischen Boden und begab sich in die US-Botschaft. Eigentlich hatte Weinberger den Wunsch geäußert, auch mit Amin Gemayel zusammenzutreffen.

Doch der Libanon-Präsident, dem noch eine Woche zuvor ein Treffen mit Weinberger wichtiger als alles andere gewesen wäre, verzichtete jetzt darauf, den US-Verteidigungsminister zu sehen.

Als Weinberger libanesischen Boden betrat, bestieg Gemayel gerade das Flugzeug nach Damaskus.

SÜDAFRIKA

Zeit für die Mohrrübe

Pretoria arrangiert sich mit marxistischen Nachbarstaaten: Hunger in Mosambik, Krieg in Angola beschleunigen den überraschenden diplomatischen Ausgleich.

Mosambiks Regierungsblatt „Nottcias“ überraschte seine Leser mit einem ungewöhnlichen Photo: Samora Machel, schwarzer Präsident der marxistischen Volksrepublik, schüttelt Roelof Botha, dem weißen Außenminister des kapitalistischen Apartheidstaates Südafrika, die Hand. Keiner der beiden Herren lächelte.

Machels Ernst war verständlich. Die Übereinkunft über „gutmachbarliche Beziehungen“, die beide Politiker in Mosambik getroffen hatten, erscheint Afrikas Nationalisten wie ein Canossa-Gang des schwarzen Revolutionärs. Ausgerechnet das glorreiche Frelimo-Regime mußte sich nun, um selbst zu überleben, mit dem rassistischen Feind arrangieren. Die von der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) geächtete Pretoria-Regierung erhielt von Mosambiks Sozialisten das Siegel der Anerkennung. „Ideologie weicht der Macht“, kommentierte die Londoner „Times“.

Botha hingegen verbiß sich wohl das Siegerlächeln aus Höflichkeit. Sein Land hat in den vergangenen Wochen diplomatische Erfolge erzielt mit Schachzügen, die der britische „Guardian“ eine „Übung in Bismarckscher Realpolitik“ nannte: Mit militärischer Gewalt und

wirtschaftlichen Lockungen errichtete das weiße Minderheitsregime eine Pufferzone im Norden seines umstrittenen Staates.

- ▷ Im Nordwesten entspannt ein Waffenstillstand im unerklärten Krieg mit Angola die Lage Namibias, der ehemaligen kaiserdeutschen Kolonie Südwestafrika.
- ▷ Im Nordosten begann Mosambik damit, Terror-Aktionen gegen den Apartheidstaat zu unterbinden. Es will die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Pretoria verstärken.
- ▷ Die Staaten dazwischen, Botswana und Simbabwe (wie auch Lesotho und Swasiland innerhalb Südafrikas), gewähren militanten Gegnern Preto-



Hungernde afrikanische Kinder
„Viernmal soviel amerikanische Hilfe“

rias keine Zuflucht mehr, weil sie wirtschaftlich zu abhängig von Südafrika sind.

„Ein bißchen Destabilisierung, fein abgestimmt, vollbringt Wunder“, freute sich die Johannesburgener „Sunday Times“ und sichtete schon „Friedenstauben über dem südlichen Afrika“. „Destabilisierung“ – das umschrieb Pretorias militärische Vorstöße ins „Feindesland“ von gestern. Die seien nun überflüssig geworden: Südafrikas stellvertretender Außenminister Louis Nel verkündete das Ende der „Versuche, die stabile Ordnung in Südafrika zu verändern, sei es durch Wirtschaftssanktionen, Kampagnen gegen Investitionen oder durch Revolution“.

Die Furcht der Weißen vorm Angriff aus dem Norden und dem Aufstand der eigenen schwarzen Mehrheit schien sich plötzlich zu verflüchtigen. Die weltweit geschmähte Apartheidsmacht sah schon den Ausweg aus dem selbstge-

bauten „Laager“, der Wagenburg der weißen Siedler. Südafrikaner gratulierten sich zu „burischer Beweglichkeit“ – statt Kommandounternehmen nun Verträge, statt Krieg nun Verhandlungen.

Da warnte dann sogar die „Neue Zürcher Zeitung“ vor der „Illusion“, daß die „Gesprächsbereitschaft“ der bislang feindlichen Nachbarn „ein Zeichen ideologischer Aufweichungserscheinungen sei oder daß die Schande der Rassentrennung in ihren Augen plötzlich zum Kavaliärsdelikt geworden wäre“. Nur der „Überlebensinstinkt“ diktiert den schwarzen Staaten den „Dialog mit dem verhaßten Nachbarn – ein Zustand, der nur allzu reversibel ist“.

Vorerst wohl aber nicht. Eine verheerende Dürre hat Südafrikas Nachbarländer mürbe gemacht. Durch die jahrelange Trockenheit breitet sich im ganzen südlichen Schwarzafrika der Hunger aus. Selbst die reichen Weißen werden in diesem Jahr einige Millionen Tonnen Mais einführen müssen.

Vor einer wahrhaft katastrophalen Lage aber sehen sich die jungen, unabhängigen Staaten. Nach dem Auszug weißer Farmer und Fachleute, nach mißlungenen Planwirtschaftsexperimenten bedroht die Dürre ihre Existenz. Die Wirtschaft bricht zusammen. Die Regierung kann nicht helfen. In Mosambik sind schon im letzten Jahr 100 000 Menschen verhungert. Mehr als 100 000 schleppten sich in einer Hungerkarawane ins benachbarte Simbabwe.

Weil gleichzeitig auch noch von Südafrika unterstützte Rebellen ihren Kampf gegen die Regierung in der Hauptstadt Maputo verstärkten, bot sich Mosambiks Machel keine Alternative zum Gespräch mit den Südafrikanern an. „Der Knüppel ist kräftig geschwungen worden“, urteilte die „New York Times“, „nun ist es Zeit für die Mohrrübe.“

Die neue Entwicklung in Afrika, die jetzt zu den sensationellen Schwarz-Weiß-Kontakten führte, hatte mit einem diplomatischen Kurswechsel in Amerika begonnen:

Nach Ronald Reagans Amtsantritt verkündete die westliche Supermacht für das südliche Afrika eine Politik des „konstruktiven Engagements“: Nach der apartheidskritischen Politik der Carter-Regierung wollte Washington nun Pretoria nicht mehr tadeln, sondern zum Dialog mit schwarzen Staaten ermuntern. Statt auf Entkolonisierung setzte Amerika auf einen modifizierten Status quo. Ein antikommunistisches Regime am strategisch wichtigen Kap hatte in Washington wieder außenpolitischen Vorrang.

Gleichzeitig aber verfolgten die Amerikaner die Unabhängigkeit für Namibia,



Außenminister Botha, Präsident Machel: „Übung in Bismarckscher Realpolitik“

jetzt freilich mit einer Bedingung: Abzug der südafrikanischen Truppen aus der ehemaligen deutschen Kolonie nur dann, wenn auch die kubanischen Truppen aus dem benachbarten Angola abziehen.

Die hatte Fidel Castro 1975/76 auf Bitten von Angolas marxistischer Befreiungsbewegung MPLA geschickt als Helfer gegen die beiden anderen Bewegungen FLNA und Unita. Noch heute stehen über 25 000 kubanische Soldaten in Angola.

Zunächst aber galt es in Washington, das amerikanisch-südafrikanische Verhältnis zu verbessern: Die Reagan-Administration hob das Exportverbot für Computer und weiteres technisches Material für Pretorias Streitkräfte auf. Sie genehmigte die Ausfuhr von elektrisch geladenen Polizeiknüppeln, die Mitarbeit von US-Firmen an einem Atomkraftprojekt und eröffnete ein Büro zur Intensivierung des Handels in Johannesburg.

Der Chef von Südafrikas militärischer Abwehr, General P. W. van der Westhuizen, reiste inkognito in die USA, wo er auch die Uno-Botschafterin Jeane Kirkpatrick traf. CIA-Direktor William Casey flog – ungetarnt – zu Gesprächen ans Kap. Kritiker der Reagan-Regierung attackierten bald die „Achse Washington-Pretoria“ und machten Amerikas „konstruktives Engagement“ verantwortlich für Südafrikas „nie dagewesenen Ausmaß an militärischen Interventionen und Unterstützung von Rebellen in Nachbarstaaten“ („The Guardian“):

▷ Im Dezember 1982 und Anfang 1983 griffen südafrikanische Kommandotrups in der Lesotho-Hauptstadt Maseru Büros und Wohnungen von

Mitgliedern des exilierten südafrikanischen ANC (African National Congress) an.

▷ Im Mai 1983 bombardierten südafrikanische Flugzeuge ANC-Büros mitten in der Mosambik-Hauptstadt Maputo.

▷ Im Dezember 1983 drangen südafrikanische Truppen in der „Operation Askari“ von Namibia aus mehrere hundert Kilometer tief nach Angola ein, das Kämpfern der namibischen Befreiungsorganisation Swapo erlaubt hatte, Stützpunkte zu bauen.

Die Südafrikaner schickten Sabotage-trupps nach Simbabwe, sperrten als Druckmittel schon mal die Benzinzufuhr in das nördliche Nachbarland oder den Lebensmittelnachschub in das rundum von Südafrika begrenzte Lesotho. Als wichtigstes Werkzeug im Buschkampf mit Angola nutzte Pretoria die Rebellenbewegung Unita; gegen Mosambiks Regime konnte es jederzeit die RNM (Resistência Nacional Moçambicana) einsetzen.

„Die Destabilisierungsstrategie“, schrieb letztes Jahr die US-Zeitschrift „Foreign Affairs“, „schien Südafrikas Zuversicht widerzuspiegeln, daß es politische Probleme mittels militärischer Macht lösen oder unter Kontrolle halten kann.“ Schließlich waren die von militärischen Schlägen, Arbeitslosigkeit und Hunger geschwächten Gegner reif für Abkommen am Verhandlungstisch.

Mitte Februar vereinbarten die Südafrikaner in Sambias Hauptstadt Lusaka mit Angola einen Waffenstillstand an der namibisch-angolanischen Grenze. Amerikanische Beamte sollen das Abkom-

men überwachen. Es sieht vor, daß keine Swapo-Kämpfer mehr nach Namibia einschiffen. Ungelöst blieben andere Fragen: Unita-Chef Jonas Savimbi will sich an keine Waffenruhe halten. Und über einen Abzug der Kubaner aus Angola – den einzigen spektakulären Aspekt für die USA – gibt es keine Vereinbarungen.

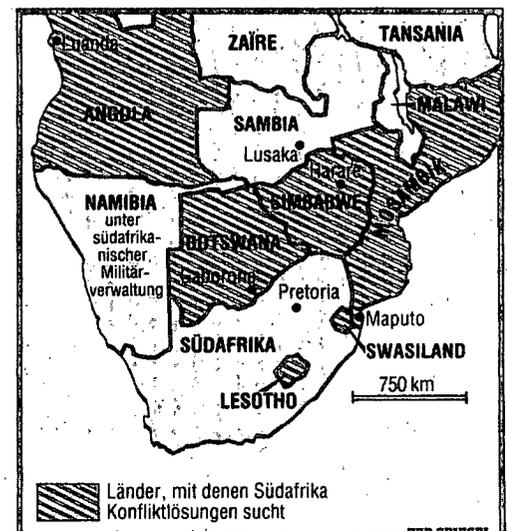
Eine Woche nach dem Treffen mit den Angolanern handelten die Südafrikaner in Maputo ihr Abkommen mit Mosambik aus. „Südafrika“, erklärte der Oberbefehlshaber der Mosambik-Streitkräfte, General Sebastião Mabote, „darf kein Ausgangspunkt der Unterwanderung gegen uns sein, und Mosambik darf nicht als Basis für Subversion gegen Südafrika dienen.“

Den Worten folgten die Taten: ANC-Führungsmittglied Joe Slovo, ein weißer Rechtsanwalt, den die Südafrikaner als Hintermann zahlreicher Sabotageakte gegen ihr Land sehen, mußte Mosambik verlassen. Auf der anderen Seite stoppte plötzlich die RNM ihre Anschläge gegen die Stromleitung vom Cabora-Bassa-Staudamm nach Südafrika. Mosambik erhofft sich aus dem Verkauf von Strom an Pretoria das beste Geschäft mit dem neuen Partner.

Eine Belohnung für den neuen Kurs haben die gezähmten Mosambik-Marxisten schon von Amerika, der Macht im Hintergrund, erhalten. Funktionäre in Maputo erzählten einem Journalisten des linken französischen Blatts „Libération“, daß die USA in den letzten Monaten bereits „viermal soviel Hungerhilfe“ geleistet hätten wie die Sowjet-Union.

In Erwartung eines wiederauflebenden Tourismus denken die Südafrikaner schon an Mosambiks Delikatessen. „Bei Vinho verde und Langusten wieder im (Luxushotel) Polana?“ träumte Johannesburgs Zeitung „The Star“.

Die Südafrikaner schert es nur noch wenig, wenn etwa der ANC aus sicherer Entfernung in Sambia droht: „Kein Nichtangriffspakt kann den ANC und das Volk Südafrikas davon abhalten, für



sein Recht auf Selbstbestimmung und Befreiung zu kämpfen.“

Der „Sowetan“, die größte Schwarzen-Zeitung im Lande, sagte ähnliches vorsichtiger: „Welche (außenpolitischen) Initiativen Südafrika auch immer ergreifen mag, eine Beruhigung innerhalb des Landes kann erst kommen, wenn das Gespräch mit den schwarzen Massen aufgenommen wird.“

ENGLAND

Härtere Gangart

Premierministerin Margaret Thatcher verschärft das soziale Klima. Labour-Linksaußen Benn gewinnt eine Unterhaus-Nachwahl.

In der Sieben-Millionen-Metropole London führte ein halbtägiger Streik, zu dem die britischen Gewerkschaften für vorigen Dienstag aufgerufen hatten, zu Verkehrsstaus und bizarren Nebenwirkungen. 20 000 Behördenangestellte und Beamte zogen demonstrierend über eine Themsebrücke, während in den Hospitälern „Dienst nach Vorschrift“ praktiziert und in den Krematorien keine Leichen eingäschert wurden.

In der Nacht zum Mittwoch streikten die Männer an den Rotationsmaschinen in der Fleet Street. Das aber war vom Gewerkschaftsdachverband „Trade Union Congress“ (TUC) nicht vorgesehen, da die elf überregionalen Zeitungen der Stadt Kunde von der ersten Kraftprobe mit der konservativen Regierung Margaret Thatcher seit den Juni-Wahlen 1983 geben sollten.

In Glasgow und in Liverpool fiel der Berufsverkehr aus, weil die Doppeldeckerbusse von den Fahrern gar nicht erst aus den Depots geholt wurden. Zwischen Manchester und anderen Städten Mittelenglands reduzierten streikende Eisenbahner die Zugfolge beinahe auf Null, während in Coventry die Arbeiter der Jaguar-Automobilfabrik die Schraubenschlüssel aus der Hand legten.

Die Gewerkschafter kämpften nicht etwa um Lohnerhöhungen. Der jüngste Konflikt brach aus, als Frau Thatcher Tausende von Angestellten und Beamten ultimativ auffordern ließ, auf ein grundsätzliches Recht zu verzichten: Bis Donnerstag voriger Woche sollten sie aus ihren Gewerkschaften austreten und dafür aus der Staatskasse eine Prämie in Höhe von 1000 Pfund (etwa 3900 Mark) pro Kopf erhalten. Verweigerern drohte die Umsetzung auf andere Behördenjobs oder Entlassung.

Schauplatz des ungewöhnlichen Ansinnens, das im Thatcher-England wochenlang Schlagzeilen machte, ist das geheimdienstliche Dechiffrier- und Abhörzentrum Cheltenham, 130 Kilometer nordwestlich von London.

Dort lauschen, von Maschendrahtzäunen umgeben, gigantische Parabolantennen dem Funkverkehr sowjetischer Militäreinheiten und den Telefongesprächen östlicher Regierungen. Selbst das Geschnatter von Moskaus Taxifahrern, die sich über Funk verständigen, soll von den Aluminiumschüsseln in Cheltenham empfangen werden können.

Den Klassenkampf, den sie mit dem Organisationsverbot ins Lauschzentrum getragen hat, rechtfertigte die Regierungschefin damit, die „nationale Sicherheit“ wahren zu wollen. „Ungeheuerliche Beleidigung“, reagierte TUC-Generalsekretär Len Murray auf die Unterstellung, die Gewerkschaften stellten ein



Premierministerin Margaret Thatcher
„Gefühllos und halsstarrig“



Labour-Chef Kinnock*: „Der nette Kerl von nebenan“

Sicherheitsrisiko dar. Murray: „Wir sind wohl die größten Patrioten hier im Land.“

Der Schimpf-Krieg eskalierte weiter, als der für Cheltenham zuständige Außenminister Sir Geoffrey Howe die geplante Verbannung gewerkschaftlich organisierter Abhörer mit längst vergessenen Streiks im Jahr 1981 begründete. Die waren nur sporadisch und dauerten im längsten Fall 24 Stunden, als einmal ein Viertel der Beschäftigten die Arbeit niederlegte. „Sollen wir glauben“, fragte das konservative Wochenblatt „Spectator“, „daß etwa ein Streik der Putzfrauen die freie Welt gefährdet?“

Geheimdienstkenner führen dagegen amerikanischen Druck für die Antigerwerkschafts-Verfügung von Frau Thatcher an. Eine Abhöraußenstelle im Dorf Bude in Cornwall nämlich zeichnet angeblich auch die Gespräche auf, die über kommerzielle Satelliten zwischen Europa und den USA geführt werden. Sie werden, so heißt es, von Computern ausgewertet und nach Maryland ins Hauptquartier der amerikanischen National Security Agency (NSA) überspielt.

Als Gegenleistung liefere das US-Pendant von Cheltenham Informationen an die britischen Geheimdienste. Ein Cheltenham-Spion jedoch, der vorletztes Jahr entdeckt und zu 38 Jahren Haft verurteilt wurde, weckte Mißtrauen jenseits des Atlantiks. James Bamford, US-Horchexperte und Autor eines Buches über die NSA, vermutete: „Frau Thatcher fürchtete wohl, daß die Amerikaner mit Informationen geizen, wenn in Cheltenham die Kontrollen nicht verschärft werden.“ Und daß tendenziell sozialistische Gewerkschaften im US-Geheimdienst-Milieu verdächtig sind, ist nahelegend.

* In einem Video-Clip mit Popstar Tracey Ullman.